Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 40 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet **10 Pfg.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1172.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 4 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8,** bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Filial-Expedition: Dresden, Moritzstr. 31.

Nr. 98. **Dienstag** 9. April 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Redakteur des „Simplicissimus" Gulbransson hat gegen das Urteil im Woermann-Prozeß, das auf drei Monate Gefängnis erkannte, Berufung angemeldet, und Woermann hat den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Albert Büsching, wegen Beleidigung verklagt. (S. Dtschs. R.)

* Der Maler Franz von Defregger ist in München schwer erkrankt.

* Auf dem Kalibergwerk Neubleicherode hat sich ein schweres Unglück ereignet. Ein Steiger und vier Bergleute sind verletzt worden. (S. Neues a. a. Welt.)

* König Eduard ist gestern in Cartagena eingetroffen, nachdem am Morgen bereits das spanische Königspaar angelangt war. (S. Ausl.)

* König Viktor ist gestern in Athen eingetroffen. (S. Ausl.)

* Die Proklamation des Sultans von Marokko über die Besetzung von Ujda enthält keinen Tadel des französischen Handstreichs. (S. Ausl.)

Sperling oder Taube.

Die schwierige Lage, in der sich der bürgerliche Liberalismus befindet, ist durch die Verhandlungen bei der Generalversammlung der Liberalen scharf beleuchtet worden. Fast jeder Redner, ob er zu dem Thema selbst sprach oder nicht, hat hierzu einen Beitrag geliefert. Vor allem aber D. Fr. Naumann, als er über die nächsten Aufgaben des Liberalismus referierte. Und wie er dies tat, das war zugleich ein Stück Selbstkritik, das er an sich übte, der mit dieser Rede das Gewand des liberalen Doktrinärs abstreifte, in dem nun Dr. Barth allein nach Amerika reist, während Naumann, trotz allen Bekenntnisses zur liberalen Zukunftsaufgabe, die er mit Recht in dem Kampf des Liberalismus gegen rechts sucht, eine Arbeit auf der Basis des nationalen Blocks für möglich erachtet.

Naumann übersieht dabei die Gefahren nicht, die die konservativ-liberale Paarung mit sich bringt. Im Gegenteil. Er führte sie scharf und deutlich vor Augen. Der Weg, den die Nationalliberalen bei ihrer früheren Kartellpolitik gegangen sind, ist ihm und seinen Freunden ein abschreckendes Beispiel. Und zu einem Teil hat er damit gewiß recht. Die scharfe Kritik, die im verflossenen Jahr in den eigenen Reihen des Nationalliberalismus geübt wurde, zielte zu im letzten Grunde auch dahin, daß durch jenes Kartell die Grenze zwischen konservativen und liberalen Ideen in so verhängnisvoller Weise verwischt worden ist, daß konservative Elemente und Gedanken unter nationalliberaler Flagge ihr verhängnisvolles Wesen treiben konnten. Diese Fußspuren sind freilich geeignet, liberale Männer zurückzuschrecken.

Ebenso gewiß aber ist, daß in der Reichspolitik nun einmal durch die letzten Wahlen eine Situation geschaffen ist, die zu gemeinsamen Aktionen eines nationalen Blockes auch nach der Bewilligung der kolonialen Forderungen zwingt. Die Regierung kann sich nicht allein auf den Liberalismus stützen, auch wenn sie es wollte. Naumann rechnete aus, daß die freisinnige Vereinigung nur über 3½ Prozent der Reichstagsabgeordneten verfüge, mit den beiden Volksparteien über 14 Prozent. Auch mit den Nationalliberalen würden es erst 29 Prozent sein. Und selbst wenn man dem nicht realisierbaren Gedanken nachginge, die Sozialdemokratie in diesen Ring einzuschließen, so wäre noch lange nicht eine Majorität für die Regierung da. Wohl aber droht eine solche zwischen Zentrum und Konservativen. Treffend wies Naumann darauf hin, daß, wenn es zu dieser Mehrheit käme, die 56 Prozent der Reichstagsabgeordneten umfaßt, so „brauchte die Regierung sich nicht um den Freisinn, nicht um die Sozialdemokratie, auch nicht einmal um die Nationalliberalen zu kümmern. Sie kann die gesamte Linke ruhig reden lassen."

Auf der andern Seite kann Bülow auch wieder nicht ohne weiteres über den 13. Dezember 1906 zurück. Ihm ist darum der Liberalismus unentbehrlich. Er bildet das Zünglein an der Wage. Selbst von den drei freisinnigen Gruppen allein gilt dies. Und darum kann der Liberalismus wieder einmal in die Politik praktisch eingreifen. Das ist es, was für Naumann das Maßgebende in der gegenwärtigen politischen Situation geworden ist, und gewiß mit Recht. Er denkt nicht daran, den Kampf gegen rechts, gegen die Konservativen und das reaktionäre Zentrum aufzugeben. Eine Kluft zwischen zwei Weltanschauungen trennt Konservativismus und Liberalismus. Auf politischem wie auf geistig-kulturellem Gebiet. Darum muß der letzte große Kampf des Liberalismus unter allen Umständen nach rechts hin ausgefochten werden. Aber diese Zeit ist noch nicht angebrochen. So stark Naumann ein Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung betont — ein taktisches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie empfiehlt auch er zurzeit nicht, außer bei sozialpolitischen Fragen. Ebenso bedenklich ist ihm der (von Barth vor kurzem gesäuberte) Gedanke eines Zusammengehens mit den demokratischen Zentrumsstimmen. **Der mit Hilfe des neuen Blocks erreichte Sperling in der Hand ist ihm lieber als die mit den Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums doch nicht zu erreichende Taube auf dem Dach.** Und so kommt er bei aller Kritik der konservativen, der nationalliberalen und der Bülowschen Politik dazu, eine geduldig abwartende Haltung gegenüber dem neuen Block zu empfehlen, unbeschadet der eigenen demokratischen und sozialpolitischen Haltung.

Dieser Stellung Naumanns widersprach Dr. Barth ganz offen, weil er bezweifelte, daß der Liberalismus auf diese Weise „auch nur einen Sperling" bekommen werde. Er wolle darum von Amerika aus mit seiner jahrzehntelang erprobten Flinte noch manchen Schuß auf reaktionäres Jagdwild abgeben. Freilich — das kann der mandatlose Doktrinär tun. Der liberale Realpolitiker wird in Naumanns Stellung — auch wenn er im einzelnen von ihr abweicht, die sehen, die durch die Situation für eine praktische Arbeit im Parlament allein möglich ist.

Gewiß wird von dieser Realpolitik aus an liberalen Forderungen vielleicht nur ein bescheidenes Maß in diesem Reichstag erfüllt werden, Naumann selbst bezeichnete die Börsenreform als ein nur unbefriedigendes Minimum. Wir bezweifeln, ob das dann von ihm gestellte Minimum, die Schaffung einer gerechten Wahlkreiseinteilung, erreicht werden wird, so dringend wünschenswert sie ist. Aber es wird dem Liberalismus in der Reichspolitik doch möglich sein, als Glied des neuen Blocks weit stärkeren Einfluß auf die Gestaltung aller neuen Gesetzesvorlagen auszuüben, als wenn er in einer unfruchtbaren Opposition verharrt, die ihn nur die Möglichkeit bringt, das Zünglein an der Wage zu sein und zu bleiben.

Naumanns realpolitische Stellungnahme wird ihm manches kritische Urteil aus den Reihen seiner alten Freunde eintragen. Schon auf dem Parteitag mußte er sich mit Schrader zusammen wehren: „wenn die Tadler im Reichstage gewesen wären, hätten sie es jedenfalls nicht anders gemacht". Und wiederum die alten Gegner Naumanns werden nur die Worte herauslesen, in denen er von der durch die jetzige Taktik nicht berührten großen Aufgabe sprach, den letzten Kampf nach rechts, nach der konservativen Seite hin, auszufechten und später doch noch einmal mit der Sozialdemokratie paktieren zu können. Wer aber die Naumannsche Rede objektiv, wer sie gerecht beurteilt, der wird in ihr eine verständige Vertretung der jetzt einzig möglichen liberalen Politik sehen, die dem Liberalismus Einfluß auf die Regierungsgeschäfte ermöglicht und die zugleich auch der Einigung des Liberalismus einen schätzenswerten Dienst leistet.

Zum Ministerwechsel in Bayern.

(Von unserem Münchner Korrespondenten.)

Graf Feilitzsch, der vor fast 26 Jahren das Portefeuille des Innern als Freiherr von Feilitzsch übernommen hatte, ist gegangen und beim Rücktritte vom Regenten mit Huldbeweisen bedacht worden. In dem allerhöchsten Handschreiben ist der Passus bemerkenswert, in welchem dem scheidenden Minister ganz besonders für die dem Königshause in schwerer Zeit geleisteten Dienste, d. h. bei der Königskatastrophe und der Uebernahme der Regentschaft durch den Prinzen Luitpold gedankt wird. Als Feilitzsch unter König Ludwig II. (in den 70er Jahren) Polizeidirektor in München war, erhob eine gewisse Presse, voran Ehrensigls „Vaterland" und gleichwertige Zentrumsorgane, gegen ihn den im Publikum noch heute vielfach geglaubten Vorwurf, er habe aus egoistischen Gründen dem Könige um seine Sicherheit bange gemacht. Nach dem Tode des unglücklichen Monarchen hat Feilitzsch gegen diese Beschuldigung entschieden protestiert, und gewiß mit Recht; denn Ludwigs II. Menschenscheu und Furcht war nichts als ein Ausfluß von Wahnideen. Bekanntlich sind die erbärmlichsten Gerüchte über den Regenten und das Ministerium Lutz bei der Entmündigung des Königs und seinem traurigen Ende von ultramontaner Seite in die Welt gesetzt worden. Noch im vorigen Landtage wagte Dr. Heim die sehr deutliche Andeutung, als ob der Minister des Innern wegen der damaligen Vorgänge so fest im Sattel säße. So nimmt sich die ultramontane Königstreue in der Nähe aus.

Doch das nur nebenbei. Feilitzsch war gewiß ein treuer Diener der Krone, und ihr warmer Dank ist ihm zu gönnen. Auch sonst sind ihm viele Ovationen bereitet worden oder noch zugedacht. So wird die Stadt München ihrem Ehrenbürger ein Festmahl geben. Wenn man von alledem hört, könnte man wunder meinen, wie beliebt der zurückgetretene Minister war. In Wahrheit hat er sich aber nur wenige Freunde erworben, am wenigsten unter seinen Beamten. Er lastete auf ihnen mit schwerer Hand und ließ sie in sehr schwierigen Situationen gerne ohne seinen erbetenen Rat, wie immer auch hier der Mann der Vorsicht. So wandte sich z. B., als die Bauern von Fuchsmühl wegen ihrer Holzrechte gegen ihren Gutsherrn, den Freiherrn von Zoller, revoltierten, der Bezirksamtmann an seinen obersten Chef, um von ihm die telegraphische Rückantwort zu erhalten: Tun Sie Ihre Pflicht. Er requirierte Militär und die Folge war — die Geschichte rief damals (1895) große Aufregung hervor — unnötiges Blutvergießen. Dem Grafen Feilitzsch fiel es aber unter Umständen gar nicht schwer, einen seiner Untergebenen zu desavouieren, und der Mangel an Schutz, das berechtigte oder unberechtigte Gefühl der Verwaltungsbeamten, der Minister werde gegebenenfalls nicht für sie eintreten, lähmte die Initiative, schädigte die Staatsautorität und nützte dem Zentrum ganz gewaltig, während auch die Liberalen empfindlich darunter zu leiden hatten.

Politisch ist Graf Feilitzsch vom Zentrum seinerzeit so heftig wie Graf Crailsheim bekämpft worden. Das Ministerium Crailsheim-Feilitzsch muß fallen, so lautete das ultramontane Schlagwort, als vor vier Jahren die „Volksseele kochte". Als die Intrigen gegen Crailsheim zum Ziele führten, schlug sich Feilitzsch sofort mit seiner Fühlung auf die Seite des Freiherrn v. Podewils und richtete sich in dessen Kabinett häuslich ein. Das Zentrum sah die Aussichtslosigkeit seines Kampfes gegen ihn, der bei der Krone zu fest stand, allmählich ein und nützte nun die Situation für sich nach Kräften aus. Es hatte es nicht zu bereuen. Eingeweihte wissen, daß Feilitzsch schon im Ministerium Crailsheim, ohne sich selbst zu kompromittieren, manche Konzession an das Zentrum durchsetzte hatte. Liberal ist er, entgegen der Behauptung der Ultramontanen, überhaupt niemals gewesen, wenn er auch im Privatgespräch mit Liberalen erstaunlich freisinnige Anschauungen entwickeln konnte. Und er wollte auch im Ministerium Podewils Minister bleiben, wenn auch um den Preis seiner ganzen politischen Vergangenheit, wie hier schon wiederholt in den jüngsten Jahren dargelegt wurde. Privatim hat er auch in dieser letzten Aera seiner Tätigkeit die Verantwortung, so bei der Aenderung der Wahlkreiseinteilung, gerne anderen zugeschoben.

Doch sein Wirken hat auch viele Lichtseiten; die Schatten rühren, wie wir sehen, mehr von Charaktereigenschaften her. Unstreitig scheidet mit dem Grafen Feilitzsch ein großes staatsmännisches Talent, ein Mann von außergewöhnlichen Verdiensten, die er sich besonders in der Landwirtschaft erworben hat. Für Industrie und Handel, für das Emporblühen der großen Städte fehlte ihm bei allem guten Willen das volle Verständnis. Dagegen ist von ihm rühmend jene sozialpolitische Erkenntnis zu erwähnen. Neuerungssucht und Ueberfluß an Initiative konnte man ihm niemals zum Vorwurfe machen, er verbrannte sich eben nirgends gerne die Finger. Wo er aber auf Zustimmung rechnen konnte, bewährte er sich auch als Gesetzgeber. Glänzende Kenntnisse und eiserner Fleiß vereinigten sich mit seltener Arbeitskraft. Alle Gebiete seines Ressorts hatte er mit einer Sicherheit im Kopfe, wie ein Geograph die Landkarte. Es war eine Freude, von ihm eine Auskunft zu verlangen. Ausgenommen das Bau- und Medizinalwesen ließ er auch im Landtage niemals einen Referenten sprechen.

Schon neulich habe ich bemerkt, daß er in der neuen Aera wohl unendlich viel an Vertrauen und Achtung einbüße, aber nirgends daran gewann. Im Ministerium Podewils wie beim Zentrum war und blieb er ein Gegenstand des Mißtrauens, ein Stein des Anstoßes. Man fürchtete eben immer, und er hat in der Tat davon Proben gegeben, Rückfälle in seine Vergangenheit, man wurde den Argwohn gegen ihn nicht los. So bedeutet sein Rücktritt der Zentrumspresse denn auch eine befreiende Tat. Nunmehr, so heißt es durch den ganzen ultramontanen Blütenwald, ist die Gleichartigkeit des Gesamtstaatsministeriums endlich erreicht. Nur einer derer um Podewils ist noch der liberalen Richtung verdächtig, der Finanzminister Pfaff; man wird sofort verstehen warum: er ist der einzige Protestant in der Regierung. Der neue Minister des Innern Breitreich, ein Mann von großer Befähigung und, wenigstens bisher, auch von Selbstbewußtsein, wird als ein gefügiges Werkzeug betrachtet: „ein Gleicher tritt unter Gleiche". „Diese Abrundung bedeutet", so heißt es vorsichtig, „eine Vereinfachung und wesentliche Erleichterung für das Ministerium Podewils, welches ein unpolitisches Geschäftsministerium ist, nach keiner Seite sich engagiert hat und sich auf keine politische Partei stützt, das, entsprechend den realpolitischen Verhältnissen im Lande, sich einrichtet und darum einen allgemein konservativen Zug hat."

Aus dem Zentrumsjargon übersetzt heißt das: die Regierung wird nunmehr vollkommen einig nach der Pfeife der „herrschenden Partei" tanzen, sie wird die Geschäfte des Zentrums ohne dessen Verantwortung tragen. In der Tat, wie die Dinge in Bayern urzeit liegen, ist es politisch ganz gleichgültig, wer Minister wird, es kann sich nur darum handeln, ob die Wahl auf einen guten oder schlechten Reissortminister fällt.

Die Kolonialkonferenz.

(Von unserem Londoner K.-Korrespondenten.)

Wenige Tage trennen uns von dem Beginne der vierten Kolonialkonferenz. Einige Kolonialminister sind bereits in London eingetroffen, Dauerthlich diejenigen, welche zugleich als Delegierte an der Reichsdidisjahrhundertkonferenz teilnehmen haben. Es sind dies namentlich The Hon. Sir Joseph G. Ward als Premier von Neuseeland, der Nachfolger Seddons, des frühesten Kämpen für den Reichszollverein, und The Hon. Sir William Lyne, Kolonialminister im Commonwealth of Australia. Beide Herren haben seit ihrer Ankunft in London die Trommel sehr lebhaft für den Reichszollverein gerührt. Lyne ist sogar soweit gegangen, das englische Kabinett der „Verschwörung" gegen die Beratung des Vorzugszollproblems auf der Konferenz anzuklagen, was selbstverständlich einen Sturm der Empörung hervorgerufen hat. Ganz ehrlich geht es dabei auf beiden Seiten nicht zu.

Als am 18. Februar Winston Churchill im Unterhaus das offizielle, den Einladungen zugrunde gelegte und von den Kolonien akzeptierte Programm verkündete, da waren allerdings folgende Punkte vor der Zollfrage auf die Tagesordnung gesetzt: Die Verfassung von Kolonialkonferenzen; Verteidigung des Reichs; Naturalisation; Auswanderung; Berufungsgerichte; Einheit des Patent- und Handelsmarkenrechts; gegenseitige Zulassung zur Ausübung bestimmter Berufe; Ausdehnung der britischen Interessensphäre im Stillen Ozean; Einführung des metrischen Systems; Veto gegen Kolonialgesetze. Aber es war auch „Besprechung der Zollfrage, soweit dazu Zeit bleibt" ins Auge gefaßt. Das Hauptgewicht legte schon damals die Regierung auf die Verteidigungsfrage. Dies war und ist die einzige Angelegenheit, in der das liberale Kabinett zu einem positiven Ergebnis zu kommen hofft — und wohl auch wünscht. Auch die Debatte über „Verfassung von Kolonialkonferenzen" ist erst widerstrebend und erst auf langes Drängen Australiens, dem sich Kanada anschloß, auf die Tagesordnung gesetzt worden. Das „Veto gegen koloniale Gesetze" war allerdings indirekt genug die Präferenzidee gerichtet. Zwischen dem Commonwealth und dem Mutterlande schweben nämlich seit über Jahresfrist Auseinandersetzungen über die australischen Schiffahrtsgesetze. Die australische Arbeiterpartei hat bekanntlich den Ausschluß farbiger Arbeiter von Schiffsbesatzungen durchgesetzt. Dadurch werden vor allem die Lascaren betroffen, ohne die die britischen Reeder nicht auskommen zu können glaubten, und die obendrein britische Untertanen sind. Die heftige britische Agitation hiergegen — sie gab den eigentlichen Anlaß zu der kolonialen Schiffahrtskonferenz — suchte man in Australien dadurch zu überwinden, daß man einen Gesetzentwurf einbrachte, nach dem Waren, die in britischen Schiffen importiert werden, ein Vorzugszoll eingeräumt werden soll. Und zwar geschah das hinterrücks. Der Posten des High Commissioner, den jetzt Lord Northcote innehat, war temporär unbesetzt, und das britische Kolonialamt ersuchte von dem Gesetzentwurf erst unmittelbar vor seiner Annahme. Lord Northcote wurde später instruiert, seine Zustimmung zu suspendieren, da das Gesetz gewisse Handelsverträge zu verletzen scheine. Sich zu der Frage dieser Vertragsverletzungen selbst auszusprechen, lehnte die britische Regierung am 18. März im Unterhause ab. Da in der Tat die „Frage der handelsvertraglichen Verpflichtungen" den Hebel bildet, womit die Little Englander bisher die ernstliche staatsmännische Inangriffnahme des Kolonialvereinsprojekts auf den früheren Konferenzen verhindert haben, so entbehrt der Vorwurf der „Verschwörung gegen Preference" eines gewissen tatsächlichen Hintergrundes nicht, während anderseits ganz sicher die australischen Neuseeländer und noch den allerletzten Aeußerungen Sir Wilfrid Lauriers auch die kanadischen Delegierten sich in einer Art Konspiration befinden, bei dem Punkt der Tagesordnung „Veto gegen koloniale Gesetze", die Zollvereinsfrage in entscheidender Weise zu behandeln.

Der liberalen Anlage des Reichsverteidigungsplanes einschließlich der Haldaneschen Armeereform, diesem „letzten Versuch, ohne die allgemeine Wehrpflicht auszukommen", liegt in letzter Linie das Hauptwahlversprechen finanzieller Reform im Sinne der Einschränkung zu Grunde, während anderseits heute auch bei den Liberalen bereits Einverständnis darüber herrscht, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nur auf der „erweiterten Steuerbasis" des Schutzzolles möglich ist, nachdem die Hoffnungen der Radikalen, die „erweiterte Steuerbasis" in einer groß angelegten graduellen Einkommensteuer zu finden, in der Steuerkommission als hoffnungslos begraben sind. Kein Wunder also, daß einerseits das liberale Kabinett auf der Kolonialkonferenz die Frage der Zollunion in irgend einer Form in einer vertagenden Weise zu behandeln wünscht, während anderseits die Kolonien den Augenblick für einen entscheidenden Vorstoß gekommen erachten. Speziell Kanada befindet sich der Union gegenüber in einer handelspolitischen Lage, die die nun seit dreißigjährige Wartezeit auf eine Klärung der Frage, ob an diese oder an das Mutterland der zollpolitische Anschluß gesucht werden soll, unerträglich erscheinen läßt. Die handelspolitischen Verhandlungen, die der neue britische Botschafter in Washington Bryce, kürzlich mit Herrn Root geführt hat, verfolgen allerdings den Zweck, die Spannung aus diesem Verhältnis zu verringern und hätten diesen Erfolg wohl auch erreichen. Jedem wirklichen Kenner der Verhältnisse erscheint ja auch die Idee eines Abfalles Kanadas, sei es auch zunächst nur handelspolitisch, bereits seit mindestens 5 Jahren endgültig begraben.

Wenn gleichwohl die kolonialen Staatsmänner jetzt eine so starke Sprache führen und die Konferenz von 1907 als entscheidend für den föderativen Gedanken im Reiche oder für dessen praktische Aufgabe seitens der Kolonien bezeichnen, so dürfte diesem „bluffenden" Auftreten als endlicher praktischer Erfolg wohl doch nur gegenüberstehen, daß erstens: die Regierung des Mutterlandes endgültig zu der konservativen Interpretation des Handelsvertrages von 1865 zurückkehrt, also Kanadas Präferenzzoll und seinen Vertrag mit Australien akzeptiert, somit auch in den kanadisch-deutschen Zollkrieg nicht eingreift und zweitens gegen Australiens Schiffahrtsgesetzgebung kein Veto erhebt.

Daß damit überhaupt der Gedanke der handelspolitischen Föderation einen enormen, wahrscheinlich einen entscheidenden Fortschritt macht, liegt auf der Hand. Denn wenn die Handels- und Meistbegünstigungsvertragsstaaten, vor allen Dingen Deutschland, bei den bevorstehenden Handelsvertragserneuerungen, sich den Ausschluß von wichtigen britischen Kolonialmärkten nicht länger gefallen lassen, so treibt England zweifellos der Aera der Salisbury-Balfourschen Vergeltungszölle und damit einem enormen Anwachsen der protektionistischen Stimmung überhaupt, das liberale Kabinett aber dem berühmten „Umschwung des Pendels" entgegen, besonders wenn die ohnehin in der Zollfrage nicht pupillarisch sicheren, hinter der Labour Party stehenden Massen ins schutzzöllnerische Lager übergehen, womit sie bekanntlich zur Erreichung ihrer sozialpolitischen Ziele bereits gedroht haben. Sollten aber wider Erwarten die Handelsvertragsstaaten sich die „innere" Präferenzzollwirtschaft gefallen lassen, so möchte mit dem so begründeten Ausbau der inneren Zollhemmung und dem rapiden Aufschwung der kolonialen Exportlandwirtschaft der Druck auf die mutterländische Freihandelswirtschaft im Laufe weniger Jahre so stark, daß dessen Umsturz unvermeidlich wird, besonders wenn das Kapitel „Verfassung der Kolonialkonferenzen" diesem eine dauernde konstitutionelle Basis sichern sollte. Denn dann haben die Kolonien das Heft in der Hand, um bei den Reichsverteidigungsfragen und der Finanzierung der dringend gewordenen Sozialreform dem schutzzöllnerischen Gedanken immer neue Wege zu öffnen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 9. April.

* **Fischereischutz in der Nordsee.** Als Fischereikreuzer werden in diesem Jahre das Spezialschiff „Bieten" und die Torpedoboote „S 21" und „S 38" fungieren. Der jetzt seit zehn Jahren durch Schiffe der Kriegsmarine ausgeübte Schutz der Hochseefischerei in der Nordsee hat sich in jeder Beziehung bewährt. Im vorigen Jahre haben ausländische Fischer die deutschen Seeterritorien strenge gemieden. Eine neue Aufgabe ist den deutschen Fischereikreuzern in diesem Jahre noch dadurch gestellt worden, daß sie Mitteilungen über den Ertrag des Fischfanges durch Funkspruch nach Cuxhaven zu melden haben, so daß die Fischer danach ihre Bestimmungen treffen können. Um diese wertvolle Neuerung durchführen zu können, haben die Fischer auf See den Kommandanten der Fischereikreuzer durch verabredete Signale zu melden, ob der Fang mäßig, gut oder sehr gut ist. Die deutschen Hochseefischer wissen die Tätigkeit der Fischereikreuzer zu würdigen, so daß gegenseitig ein sehr freundschaftliches Verhältnis herrscht.

* **Woermann als Kläger.** Der wegen Beleidigung Woermanns verurteilte Redakteur des „Simplicissimus" Gulbranssen hat, wie nicht anders zu erwarten war, Berufung eingelegt gegen das hohe Strafmaß von drei Monaten Gefängnis, das ihm „von Rechts wegen" ein Hamburger Amtsgericht zugesprochen hatte. Diese Berufung überhebt uns, das Urteil und vor allem die Art und Weise, wie der Prozeß sich abspielte, einer weiteren Besprechung zu unterziehen. Dazu wird noch Gelegenheit sein, wenn der Prozeß vor die Berufungsinstanz kommt. Soviel aber muß schon heute gesagt werden, daß das geringe Verständnis, welches das Hamburger Gericht dem Wesen

SLUB
Wir führen Wissen.